

Bundesländer setzen auf Zusammenarbeit im Veterinärwesen

11.6.2026 - | Land Tirol

LandesveterinärreferentInnenkonferenz in Tirol.

- Bundesweite amtstierärztliche Unterstützungstruppe für Seuchenausbrüche gefordert
- Rasche Novellierung der Rinder- und Rotwild-TBC-Verordnungen notwendig
- Austausch zu Tiergesundheitsdienst, tierärztlicher Versorgung und Laborstandorten

Heute, Donnerstag, fand im Innsbrucker Landhaus die LandesveterinärreferentInnenkonferenz unter dem Vorsitz von Tirols Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler statt. Im Mittelpunkt der Beratungen und Beschlussfassungen standen aktuelle Herausforderungen im Bereich der Tiergesundheit, die Bekämpfung von Tierseuchen sowie die Weiterentwicklung der veterinärmedizinischen Rahmenbedingungen in Österreich. Darüber hinaus nutzten die politischen VertreterInnen der Bundesländer die Konferenz für einen intensiven Austausch zu Fragen der tierärztlichen Versorgung, der Zukunft des Tiergesundheitsdienstes sowie Optimierung der Ressourcen in der Laboranalytik.

„Die vergangenen Jahre haben deutlich gezeigt, wie wichtig eine enge Zusammenarbeit der Bundesländer im Veterinärbereich ist. Tierseuchen machen nicht an Landesgrenzen halt. Gerade bei hochspezialisierten Fachthemen ist ein bundesländerübergreifender Austausch nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Gemeinsam können wir vorhandenes Wissen bündeln, Ressourcen effizient einsetzen und im Ernstfall rasch handeln“, betont LHStv Geisler.

Bundesweite Unterstützungstruppe für Tierseuchenfälle gefordert

Ein zentrales Thema der Konferenz war die weitere Stärkung der Vorsorge- und Reaktionsstrukturen im Tierseuchenbereich. Die Geflügelpestaussbrüche der vergangenen Jahre sowie der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche im benachbarten Ausland haben die Bedeutung einer noch engeren Zusammenarbeit der Bundesländer und einer raschen Verfügbarkeit von spezialisiertem Fachpersonal deutlich aufgezeigt.

Bereits bei der LandesveterinärreferentInnenkonferenz im Dezember 2025 in Graz wurde daher auf Antrag des Burgenlandes angeregt, die Voraussetzungen für eine bundesweite amtstierärztliche Unterstützungstruppe zu schaffen. In weiterer Folge wurden die dienstrechtlichen Rahmenbedingungen sowie die Kostenfrage geprüft. Auf Basis dieser Vorarbeiten haben die LandesveterinärreferentInnen heute einstimmig beschlossen, gemeinsam mit dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK) und der AGES im Rahmen der Amtshilfe eine klare Organisationsstruktur für eine bundesweite amtstierärztliche Unterstützungstruppe im Seuchenausbruchsfall zu etablieren.

„Die vergangenen Jahre haben gezeigt, wie wertvoll der fachliche Austausch zwischen den Bundesländern ist. Im Veterinärbereich braucht es vielfach hochspezialisiertes Wissen. Wenn wir dieses in den Bundesländern bereits vorhandene Know-how österreichweit noch besser vernetzen, profitieren alle Länder davon – sowohl in der Prävention als auch im Anlassfall“, betont LHStv Geisler. „Die Maul- und Klauenseuche hat deutlich gemacht, wie dynamisch sich Tierseuchen entwickeln können und wie wichtig es ist, auf außergewöhnliche Situationen vorbereitet zu sein. Deshalb braucht es Lösungen, die über einzelne Bundesländer hinausdenken und im Ernstfall rasch

wirksam werden“, betont Landeshauptmannstellvertreterin Anja Haider-Wallner (Burgenland).

„Mit der nun beschlossenen Unterstützungstruppe schaffen wir einen klaren Rahmen, um speziell geschulte Amtstierärztinnen und Amtstierärzte im Bedarfsfall rasch und unbürokratisch einsetzen zu können. Das erhöht die Handlungsfähigkeit der Behörden und stärkt die Tierseuchenbekämpfung in ganz Österreich“, sind sich LHStvⁱⁿ Haider-Wallner und LHStv Geisler einig.

Rinder- und Rotwildtuberkulose: Anpassung der Rechtsgrundlagen gefordert

Einstimmig sprachen sich die LandesveterinärreferentInnen auch für eine rasche Novellierung der bestehenden Rinder- und Rotwild-TBC-Verordnungen aus. Sowohl das europäische Tiergesundheitsrecht als auch die Entwicklungen im Bereich Rotwild-Tuberkulose in Österreich – insbesondere in Tirol und Vorarlberg – machen eine Anpassung der bestehenden Regelungen erforderlich.

Das Krankheitsgeschehen, die Ausbreitungsdynamik, die Überwachungsmaßnahmen und die Bekämpfungsmethoden haben sich in den vergangenen 15 Jahren wesentlich verändert. Bereits im Jänner des heurigen Jahres wurde daher im Rahmen einer fachlichen Arbeitsgruppe in Innsbruck eine umfassende Grundlage mit konkreten Änderungsvorschlägen erarbeitet.

„Wenn wir bei der Bekämpfung der Rinder- und Rotwildtuberkulose weitere Fortschritte erzielen wollen, müssen auch die rechtlichen Rahmenbedingungen an die aktuellen Herausforderungen angepasst werden. Die fachlichen Vorarbeiten liegen auf dem Tisch. Nun braucht es eine rasche Umsetzung durch den Bund“, fordern LHStv Geisler und LR Christian Gantner (Vorarlberg) als politisch Verantwortliche der aktuell hauptbetroffenen Bundesländer. Die LandesveterinärreferentInnen ersuchen die zuständige Bundesministerin daher, die erforderlichen Novellierungen ehestmöglich umzusetzen und dafür noch Anfang Juli eine Arbeitsgruppe einzuberufen. Ziel ist es, die fachlichen Grundlagen für notwendige Übergangsmaßnahmen noch vor Inkrafttreten der neuen Verordnungen zu erarbeiten.

Tierärztliche Versorgung und Tiergesundheitsdienst im Fokus

Breiten Raum nahm auch der Austausch zu aktuellen Entwicklungen im Veterinärbereich ein. Dazu gibt es auch auf Bundesebene eine enge Zusammenarbeit zwischen BMASGPK und dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK). Diskutiert wurden unter anderem eine zukunftsfähige Weiterentwicklung des Tiergesundheitsdienstes im Rahmen der geplanten Novellierung der Tiergesundheitsdienstverordnung sowie die Herausforderungen und Chancen einer flächendeckenden tierärztlichen Versorgung.

„Eine flächendeckende tierärztliche Versorgung ist sowohl für die landwirtschaftlichen Betriebe als auch für den Tierschutz von großer Bedeutung. Tirol hat in den vergangenen Jahren bereits zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um die Rahmenbedingungen für Tierärztinnen und Tierärzte zu verbessern. Diese Erfahrungen konnten wir heute mit den anderen Bundesländern teilen“, so LHStv Geisler.

Laborstandorte sichern und Synergien prüfen

Ein weiteres Thema war die zukünftige Ausrichtung der veterinärmedizinischen Laboranalytik in Österreich. Ulrich Herzog, Sektionschef der Sektion III (Konsumentenpolitik und Verbrauchergesundheit) im BMASGPK berichtete über weitere gemeinsame Überlegungen des BMASGPK und des BMLUK. Es geht darum, eine gesamtstaatliche Bedarfsanalyse im Bereich der

Laboranalytik durchzuführen, um Potenziale für Effizienzsteigerungen und eine noch bessere Zusammenarbeit zu identifizieren. Der Vorschlag wird seitens der LandesveterinärreferentInnen ebenfalls einstimmig unterstützt.

Dabei wurde zugleich die Bedeutung bestehender Standorte hervorgehoben. „Standorte wie die AGES in Innsbruck sind für die veterinärmedizinische Diagnostik wie beispielsweise im Bereich der Lebensmittelsicherheit und die Tierseuchenbekämpfung von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig ist es sinnvoll, auf Basis einer fundierten Analyse zu prüfen, wo Synergien genutzt und Abläufe weiter optimiert werden können“, betont LHStv Geisler.

<https://www.tirol.gv.at/presse/meldungen/meldung/bundeslaender-setzen-auf-noch-engere-zusammenarbeit-im-veterinaerwesen>